

07.10.2025

Niederschrift 003/2025

Ausschuss für Finanzen und Konzernsteuerung

am 08.09.2025 | Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna | Aula

Beginn 16:00 Uhr

Ende 18:27 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Wilfried Feldmann

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Norbert Enters

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Vertretung für Herrn Hartmut Ganzke

Frau Simone Symma

Frau Annette Maria Thomae

Vertretung für Frau Brigitte Cziehso

Anwesend bis 18.10 Uhr

Herr Peter Schubert

Kreistagsmitglieder CDU

Herr Gerhard Meyer

Vertretung für Herrn Jan-Eike Kersting

Frau Martina Plath

Vertretung für Frau Annette Droege-Middel

Herr Marco Morten Pufke

Kreistagsmitglieder Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Frau Sandra Heinrichsen

Frau Kirsten Reschke

Frau Barbara Stellmacher

Kreistagsmitglied FDP

Herr Michael Klostermann

Kreistagsmitglied DIE LINKE - UWG Selm

Herr Dr. Hubert Seier

Kreistagsmitglied GFL + WfU

Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

Anwesend ab 16.05 Uhr

Gäste

Herr Mike-Sebastian Janke, Geschäftsführer VBU | VKU

Herr Andreas Hellmich, Unternehmenssprecher GWA

Frau Johanna Serocka, Syndikus/Steuerberaterin VBU

Herr Guido Ponto, VBU

Verwaltung

Herr Philipp Reckermann, Kreisdirektor | Dez. II

Herr Ferdinand Adam, Leiter Kämmerei | FD 20

Herr Olaf Steuber, Sachgebietsleiter | Finanzwirtschaft und Kommunalaufsicht

Frau Sabrina Albert, Schriftführerin | Stabsstelle LK

Abwesend:

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Brigitte Cziehso

Herr Hartmut Ganzke

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Annette Droege-Middel

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Feldmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 28.08.2025 versandt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1		Fragestunde für Einwohner*innen
Punkt 2	125/25	Budgetbericht zum Stichtag 31.05.2025
Punkt 3	135/25	Befreiung von der Pflicht zur Erstellung eines Gesamtabchlusses für das Jahr 2024
Punkt 4	149/25	Gründung der „VKU REMobility GmbH“ als Servicegesellschaft der VKU
Punkt 5	147/25	Gründung der „UKBS Kommunal und Service GmbH“ als Servicegesellschaft der UKBS
Punkt 6		Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 7		Wirtschaftsplan daten und strategische Ziele der Gesellschaften im Konzern Kreis Unna
----------------	--	---

- Punkt 7.1** Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (VKU);
BE: Geschäftsführer Mike-Sebastian Janke
- Punkt 7.2** Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (GWA);
BE: Unternehmenssprecher Andreas Hellmich
- Punkt 7.3** Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU);
BE: Geschäftsführer Mike-Sebastian Janke
- Punkt 8** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohner*innen

Fragen von Einwohner*innen ergeben sich nicht.

Punkt 2 125/25 Budgetbericht zum Stichtag 31.05.2025

Erörterung

Herr Kreisdirektor Reckermann erläutert kurz den Budgetbericht zum Stichtag 31.05.2025.

Der als Anlage zur Drucksache 125/25 beigefügte Budgetbericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 3 135/25 Befreiung von der Pflicht zur Erstellung eines Gesamtabchlusses für das Jahr 2024

Erörterung

Herr Kreisdirektor Reckermann führt zur vorliegenden Drucksache 135/25 aus.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Das Vorliegen der Voraussetzungen zur Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des Gesamtabchlusses für das Jahr 2024 gemäß § 116 a GO NRW i. V. m. § 53 Abs. 1 KrO NRW wird beschlossen. Von der Möglichkeit der Befreiung zur Aufstellung des Gesamtabchlusses zum Stichtag 31.12.2024 wird Gebrauch gemacht.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4 149/25 Gründung der „VKU REMobility GmbH“ als Servicegesellschaft der VKU

Herr Kreisdirektor Reckermann erläutert die vorliegende Drucksache 149/25.

Frau Reschke meldet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag weiteren Beratungsbedarf an. Ein Fragenkatalog mit den noch offenen Fragen werde der Verwaltung zeitnah übermittelt. Da die vorliegenden Informationen nicht ausreichend seien, bittet sie, die Beantwortung des Fragenkataloges vor der Sitzung des Kreisausschusses zur Verfügung zu stellen.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Pufke, für die SPD-Fraktion Frau Schmeltzer-Urban, man halte die Vorlage für den richtigen Weg und werde ihr zustimmen.

Herr Prof. Dr. Hofnagel zeigt sich verwundert über die Zustimmung zur Vorlage seitens der Fraktionen SPD und CDU. Die Bereitstellung weiterer Informationen sei zwingend geboten. Insofern schließe er sich den Worten von Frau Reschke an. Er möchte zudem festhalten, dass aus seiner Sicht zwei Gruppen von Personen gäbe. Die eine Gruppe sei offensichtlich ausreichend informiert und die andere Gruppe nicht. Dies sei vermutlich der Tatsache geschuldet, dass Mitglieder der Fraktionen in den unterschiedlichen Gremien vertreten seien. Darüber hinaus stellt er fest, dass kein Business Case vorliege und es an einem Wirtschaftsplan fehle. Ferner mangle es an einer hinreichenden Begründung, weshalb der Weg der interkommunalen Zusammenarbeit hin zu einer privatwirtschaftlichen Kooperation verlassen werde. Überdies fehle es an überzeugenden Informationen, die die Transdev GmbH als idealen Partner erscheinen lassen würden. Im Sachbericht zur vorliegenden Drucksache werde zudem von der Umsetzung der Entkoppelungsstrategie berichtet. Gewisse Leistungen sollen von der VKU zukünftig selbst übernommen werden. Herr Prof. Dr. Hofnagel bittet diesbezüglich um einen aktuellen Sachstand. Er fragt an, welche Leistungen bisher von WVG bezogen worden seien. Weiter bittet er um Auskunft, welche Leistungen durch die VKU selbst erstellt und welche Leistungen zukünftig über die neu zu gründende Gesellschaft abgewickelt werden sollen. Er bittet um Auskunft zum Umfang der Leistungen und den damit einhergehenden Konditionen. Herr Prof. Dr. Hofnagel erklärt, seine Fraktion halte die im Beschlussvorschlag pauschale Vollmacht zur Zustimmung ggf. notwendiger Änderungen im Rahmen des kommunalaufsichtlichen Anzeigeverfahrens oder der notariellen Beurkundung nicht für zielführend. Er führt weiter aus, dass die Satzung keine klare Regelung enthielte, wer die Mitglieder in den Aufsichtsrat entsenden würde. Die noch benötigten Informationen bittet er kurzfristig zur Verfügung zu stellen.

Herr Feldmann bittet Herrn Prof. Dr. Hofnagel, die noch offenen Fragen der Fraktion GFL + WfU schriftlich an die Verwaltung zu richten, damit diese beantwortet werden können.

Die weitere Beratung und die Beschlussfassung werden einvernehmlich auf die Sitzungen des Kreisausschusses am 08.10.2025 und des Kreistages am 09.10.2025 verschoben.

Punkt 5 147/25 Gründung der „UKBS Kommunal und Service GmbH“ als Servicegesellschaft der UKBS

Herr Kreisdirektor Reckermann führt zur vorliegenden Drucksache 147/25 aus.

Herr Pufke erklärt, seitens der CDU-Fraktion finde die Vorlage Zustimmung. Er stellt heraus, dass gem. § 2 Abs. 1 S. 2 des Gesellschaftsvertrages die UKBS Servicegesellschaft ausschließlich als Dienstleister für den Gesellschafter UKBS und die Gesellschafter der Muttergesellschaft tätig werde und nicht in Konkurrenz zu privaten Dritten am Markt auftrete.

Herr Klostermann erkundigt sich nach den potenziellen Vorteilen der Gesellschaftsgründung für den Kreis Unna.

Herr Kreisdirektor Reckermann erklärt, dass man sich durch die Gründung eine Kostenersparnis bspw. im Bereich der Heizkostenabrechnung erhoffe. Mit der Ablesung der Verbrauchswerte seien seines Wissens nach zuvor externe Dienstleister beauftragt worden. Zudem erhoffe man sich Synergieeffekte durch das Tätigwerden für die eigene Wohnungsbaugesellschaft UKBS. Weiterhin entfielen die Ausschreibung von Handwerksleistungen in diversen Bereichen durch die Herstellung von kleineren Maßnahmen im Unternehmensverbund. Nicht zuletzt aus Haftungsgründen empfehle sich daher die Ausgliederung auf eine Tochtergesellschaft. Ein weiteres Geschäftsfeld beinhalte den Mieterstrom. Auch hier sei aus rechtlichen und steuerlichen Gründen eine Ausgliederung auf eine Tochtergesellschaft sinnvoll.

Herr Janke führt aus, dass man in der kommunalen Wohnungsbau-landschaft vermehrt die Gründung von Servicegesellschaften mit ähnlichen Bearbeitungsportfolios beobachten könne. Insbesondere sei es üblich, dass diese für die Muttergesellschaften im Bereich der Nebenkostenabrechnung und des Ablesevorgangs tätig würden. Ferner sei es rechtlich ausgeschlossen, dass die juristische Person, welche vermiete, ebenfalls die Nebenkostenabrechnung erstellen und die Ablesung des Verbrauches vornehmen würde. Es sei festzuhalten, dass sich gerade im Kontext auf den geförderten Wohnraum bei der UKBS weitere Vorteile ergeben würden. Dieser Wohnraum sei an öffentlich-rechtliche Vorschriften sowie besondere Vergünstigungen geknüpft. Hier sei darauf zu achten, dass diese Vergünstigungen nicht verloren gingen. Das Portfolio gewerblicher Tätigkeiten, welche unterstützend für den eigentlichen Zweck der Muttergesellschaft – der Vermietung, der Errichtung sowie der Sanierung von Wohnraum – erbracht werden sollen, sei aus vielfältigen Gründen in einer rechtlich selbstständigen Tochtergesellschaft sachgerechter zu verorten. In Teilen sei dies sogar der einzig gangbare Weg.

Frau Reschke meldet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag weiteren Beratungsbedarf an.

Herr Prof. Dr. Hofnagel erläutert, es fehle ein Business Case sowie ein Wirtschaftsplan. Darüber hinaus sei unklar, welche Aufgaben die UKBS weiterhin wahrnehmen würde. Er bittet um eine Aufstellung zur Aufgabenteilung der UKBS und der neu zu gründenden Gesellschaft. Darüber hinaus seien die in der Drucksache aufgeführten Gründe, welche für die Gründung der neuen Gesellschaft sprechen würden, nicht nachvollziehbar. Er wünscht sich eine detaillierte Auskunft. Ferner regt er an, dass der Kreistag über die Besetzung eines ggf. einzurichtenden Aufsichtsrates entscheiden sollte. Er sagt zu, die soeben gestellten Fragen der Verwaltung schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Herr Feldmann erklärt, dass das Konstrukt einer Servicegesellschaft bereits bei vielen Wohnungsbaugesellschaften üblich sei.

Herr Prof. Dr. Hofnagel regt ergänzend zu seinen Ausführungen an, die Entscheidung über die Gründung der neuen Gesellschaft dem neu zu konstituierenden Kreistag zu überlassen.

Frau Schmeltzer-Urban erläutert, die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Sie bittet, für die Zukunft die Drucksachen mit weiterführenden Informationen zu versehen.

Die weitere Beratung und die Beschlussfassung werden einvernehmlich auf die Sitzungen des Kreisausschusses am 08.10.2025 und des Kreistages am 09.10.2025 verschoben.

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Anlagen

keine

gez. Sabrina Albert
Schriftführerin

gez. Wilfried Feldmann
Vorsitzender